

Hagen Kühn, Wissenschaftszentrum Berlin

Ich finde das Diskussionspapier sehr gut. Wenn ich überhaupt etwas daran verbessern würde, dann die Sache mit der angedrohten Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland. Das ist ja auch in der Realität das schwierigste Problem. Der einzige Fall einer echten Niederlage für ein Unternehmen ereignete sich vor einigen Monaten bei Daimler-Benz. Da sollte ein Werk in Bremen ganz geschlossen werden und die Produktion auf andere Werke und ins Ausland verlagert werden. Die IGM hat sofort eine Kampagne gestartet: "Wir halten zusammen", ist in Verhandlungen eingetreten, hat ein paar Zugeständnisse gemacht (weit unterhalb der Erpressensforderungen) und hat dafür - da die gesamte Konzernbelegschaft dahinter stand - eine Beschäftigungsgarantie bis 2012 ausgehandelt. Das Besondere daran: die IGM hat bei Daimler konkrete Investitionszusagen sowie den Verzicht auf Outsourcing im Bereich von Dienstleistungen und sogar die Wiedereingliederung von fremd vergebenen Bereichen durchgesetzt, was einer Beschäftigungsgarantie über diese acht Jahre hinaus gleichkommt. Die erkämpfte Beschäftigungsgarantie erhält damit die notwendige materielle Substanz.

Ansonsten fast nur Niederlagen. Auch bei Ver.di (da geht es meist nicht um das Ausland, sondern nur um die Drohung mit Schließungen, Teilschließungen oder Massenentlassungen). Die gesamtwirtschaftliche Sicht ist vollkommen zutreffend dargestellt, aber aus der Perspektive von Menschen, deren konkreter Arbeitsplatz ohne konkrete Alternative zum Gegenstand einer Erpressung gemacht wird, ist das natürlich unbefriedigend. Da kann man sagen: der Kapitalismus ist eben - außer in Sondersituationen wie den 60ern - ziemlich unbefriedigend, aber damit hat man keine wirkliche Perspektive zum eingreifenden Handeln.

Der Text deutet an, daß die Verlagerungsankündigung häufig auch Bluff ist, d.h. man es darauf ankommen lassen soll. Das mit dem Bluff glaube ich auch. Aber diese Erkenntnis zur Grundlage einer betrieblichen Strategie zu machen, dürfte schwer fallen, weil dem Kapital oft die Machtfrage, die Herrschaftssicherung viel wichtiger ist als der kurzfristige Profit. D.h. selbst wenn es nicht so profitabel ist, könnten sie es tun.